

A7 Ernsthafte Bemühung

Antragsteller*in: Tobias Brendel (KV Halle)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Der Landesverband BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt spricht sich dafür aus,
2 den Klimaschutz zu stärken und in Sektoren mit hohen Emissionen neue
3 Anstrengungen zu unternehmen, um unser Klima zu bewahren.

4 Klimaschutz bleibt wichtig

5 Der April begann mit außergewöhnlich hohen Temperaturen. Der Deutsche
6 Wetterdienst stellte fest, dass viele Messstationen neue Höchstwerte für die
7 ersten Tage des Aprils gemessen hatten. Dieser ungewöhnlich warme April folgt
8 auf den wärmsten März, dem der wärmste Februar vorausging. Schon das Jahr 2023
9 stellte einen Rekord für die höchste Durchschnittstemperatur in Deutschland seit
10 1881 auf und toppte damit den vorherigen Rekord aus dem Jahr 2022. Daraus ergibt
11 sich ein Bild, in dem Deutschland in den vergangenen Jahren immer schneller
12 immer höhere Temperaturen erfährt.

13 Nach seriösen wissenschaftlichen Prognosen müssen wir uns auf die weitere
14 Erwärmung unserer Umwelt einstellen. So bedeuten schon moderate Szenarios, in
15 denen die Emissionen erst ab Mitte des Jahrhunderts sinken, dass sich die Erde
16 am Ende des Jahrhunderts um 2,7 Grad erwärmt hätte. Das entspricht grob dem
17 Zeitplan, den sich die Länder aus dem Pariser Klimaabkommen gesetzt hatten. Doch
18 jedes Zehntel Grad Erwärmung erhöht die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterlagen
19 dramatisch. Das zeigt: wenn wir nicht ganz entschlossen umsteuern, werden wir
20 uns an außergewöhnliches Wetter bis hin zu häufig auftretenden Naturkatastrophen
21 gewöhnen müssen.

22 Zur Vermeidung solcher Szenarien hatte die alte Bundesregierung ein
23 Klimaschutzgesetz verabschiedet und nach einem Urteil des
24 Bundesverfassungsgerichts verschärft. Dieses Gesetz erkennt die Bedeutung von
25 wirksamen Klimaschutz und verpflichtet die Regierung zu strengen
26 Jahresemissionszielen. So, wie es Mensch und Natur auf dieser Erde verdient
27 haben.

28 Gegenwärtige Umsetzung

29 Auch die neue Bundesregierung aus SPD, FDP und GRÜNEN war an dieses Gesetz
30 gebunden. Doch insbesondere in den Sektoren Gebäude und Verkehr fehlen
31 ambitionierte Maßnahmen, um die Ziele zu erreichen. Erst im März hat die
32 Bundesregierung Revision gegen ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-
33 Brandenburg eingelegt, das die Regierung wegen Verstoßes gegen das bisherige
34 Klimaschutzgesetz zu Nachbesserungen verurteilte.

35 Weil der Bundesverkehrsminister sich scheinbar nicht in der Lage dazu sieht,
36 Klimaschutz im Verkehrsbereich wirksam umzusetzen, wird seit Juni letzten Jahres
37 eine Novellierung des Klimaschutzgesetzes vorangetrieben. Mitte April gab es
38 eine Einigung, bei der die GRÜNEN in Regierungsverantwortung den Forderungen der

39 FDP und insbesondere von Verkehrsminister Volker Wissing nachgaben. Die scharfe
40 Trennung der Sektoren, die dazu führte, dass der zuständige Minister in
41 Verantwortung genommen wurde, entfällt. Stattdessen soll sektorübergreifend die
42 gesamte Regierung für die Einhaltung zuständig sein. Kurz gesagt: Geteilte
43 Verantwortungslosigkeit.

44 Damit unterlaufen der Bundesregierung mit grüner Beteiligung Rückschritte,
45 während fast zeitgleich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die
46 Schweiz wegen mangelnden Klimaschutzes verurteilt hat. Auch das Urteil des
47 Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021 verpflichtet die Bundesregierung
48 nach wie vor, die Grundrechte zukünftiger Generationen durch effektiven
49 Klimaschutz in der Gegenwart zu schützen. In einer Zeit, in der dringend
50 notwendige Investitionen durch ein Festhalten an der Schuldenbremse zur
51 vermeintlichen finanziellen Besserstellung zukünftiger Generationen ausgebremst
52 werden, sollte mit gleicher Energie an der Erhaltung einer lebenswerten Erde
53 gearbeitet werden.

54 **Verlässlichen Klimaschutz jetzt**

55 Deshalb fordert der Landesverband BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt die
56 eigenen Delegierten zum Länderrat von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN dazu auf,
57 Klimaschutz auf die Tagesordnung zu setzen und im genannten Sinn als Priorität
58 für die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene festzuschreiben. Sie sollen
59 beantragen, dass der Bundesverband sich wieder zur Durchsetzung verbindlicher,
60 sektorspezifischer Klimaziele verpflichtet, deren Einhaltung gerichtlich
61 durchsetzbar ist.

62 Die GRÜNEN in Regierungsbeteiligung müssen auch endlich auf effektive Maßnahmen
63 insbesondere im Verkehrsbereich bestehen, damit die Einhaltung der Klimaziele in
64 diesem wichtigen Sektor nicht immer weiter verschoben wird. Die
65 Verkehrsminister*innen des Bundes und der Länder müssen sich voll und
66 verlässlich hinter nachhaltige Verkehrsmodelle stellen.

67 Auf Landesebene fordert BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt ein verbindliches,
68 ambitioniertes und kontrollierbares Klimaschutzgesetz. Nur so kann die
69 Landesregierung auch auf Landesebene dem Urteil des Bundesverfassungsgericht
70 gerecht werden und langfristig die Voraussetzungen für ein klimaneutrales Land
71 schaffen.

72 Damit positioniert sich der Landesverband auch gegen die Aufweichung des
73 Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene. BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt sehen
74 darin einen Rückschritt in der Klimapolitik, der das bisher Erreichte zu
75 überschatten droht. Die Abkehr von kontrollierbaren Verantwortungsbereichen
76 führt zu einem massiven Vertrauensverlust der Wähler*innen, aber auch
77 zahlreicher engagierter Aktivist*innen und Mitglieder.

Begründung

Mit dem neuen Gesetz soll der Blick zudem in die Zukunft gerichtet und weniger gerichtlicher Kontrolle unterzogen werden. Das ist für einen FDP-Verkehrsminister verständlich, der in der Vergangenheit wegen unzureichenden Klimaschutzes und Arbeitsverweigerung bei der Nachbesserung bereits verurteilt wurde. Dass sich Grüne an dieser Aufweichung von verbindlichem Klimaschutz beteiligen, ist nur schwer hinzunehmen.

Schon angesichts derzeitiger Widerstände in Teilen der Regierung, wirksame Maßnahmen zum Emissionsrückgang zu ergreifen, ist es beunruhigend, dass nun dieselben Sektoren noch größere Mengen aufgrund eines weniger kontrollierbaren Gesetzes umsetzen sollen. Es steht nicht zu erwarten, dass die betroffenen Sektoren in Zukunft die nötigen Emissionsreduktionen bewirken. Die Bundesregierung schiebt den Klimaschutz trotz der Veränderungsnot auf die lange Bank.

Der Landesverband sollte sich dem widersetzen und zum Erhalt der eigenen Glaubwürdigkeit und der Klimaziele auf stärkere Anstrengungen beim Klimaschutz auf Bundes- und Landesebene drängen.